



Friedhelm Hengsbach SJ, Nell-Breuning Institut

Kevin Kühnert zündelt an einer Gesellschaft im Koma?

In welchen Zustand eines Wachkomas dämmern politische Eliten, Ökonomen und Medien, dass sie in einen Wirbel hysterischer Empörung geraten, der die öffentliche Debatte mehr als zwei Wochen lang aufwühlt, seit der Juso-Vorsitzende Kevin Kühnert an einen Satz im Grundsatzprogramm der SPD erinnert hat: „Der demokratische Sozialismus bleibt unsere Vision“. Ist die politische Klasse einschließlich der behutsam regierenden großen Koalition, die in der bürgerlichen Mitte angekommen ist, derart mit sich im Reinen, dass die halbe Republik Kopf steht, wenn ein jüngerer Sozialdemokrat behauptet, dass die real existierende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nicht alternativlos sei?

Nerven blank

Welche Wortkanonen sind auf die beachtenswerten Reflexionen Kühnerts, die er mit provozierenden Reizbegriffen unterlegt hat, gerichtet worden! Als Arbeiterschreck wurde er abgestempelt, der halb-gare Ideen aus dem Schülerlabor verbreitet und noch zu jung ist, um den Sozialismus der DDR am eigenen Leib gespürt zu haben. Wirtschaftsweise reagierten bestürzt, hielten seine sozialen Visionen und radikalen Thesen für groben, ökonomischen Unfug – ein Vorwurf, der von Politikern bereitwillig übernommen wurde. Er zündle am Wirtschaftsmodell der sozialen Marktwirtschaft, die Wettbewerb und Privateigentum miteinander verbinde und dem einzelnen einen bestimmenden Anteil an der Sozial- und Wirtschaftsordnung einräume. Darin spiele die Eigenverantwortung jener Unternehmer eine zentrale Rolle, die für innovative Ideen belohnt zu werden verdienen, weil sie neben der Gewinnchance zugleich das Verlustrisiko tragen. Konservative beurteilten den Juso-Chef als Fantasten, der sich in ein rück-

wärtsgewandtes, verschrobenes Weltbild verirrt habe. Wirtschaftsjournalisten hielten Kühnerts Sozialismus für eine Phrase ohne analytische Grundlage, für eine Utopie, die Sachfragen unbeantwortet lasse, die Demokratisierung aller Lebensbereiche für in sich widersprüchlich. Sein Alter mag ihn schützen, hieß es, aber seine Ansichten, die aus der Zeit gefallen sind, verrieten auch etwas über den geschrumpften politischen Sachverstand der SPD. Andere suchten belehrend und warnend verständlich zu machen, dass sozialdemokratische Manager an der Trennung der Arbeiter von den Produktionsmitteln ebenso wenig verändern würden wie die derzeit vorhandenen Großaktionäre. Die Konstruktion einer Gesellschaft gleiche eben nicht der Konstruktion einer Maschine ohne einen Bauplan, den man ja nicht habe. Kühnert sei obsessiv abgeneigt, über geschichtliche Erfahrungen nachzudenken, welche Gesellschaftskonzepte: Obrigkeitsstaat, Diktatur, Demokratie bereits erprobt, und welche strukturellen Voraussetzungen der Produktion und Verteilung von Gütern erforderlich seien, um wirtschaftlichen Wohlstand, inneren Frieden und zivile Offenheit einer Gesellschaft zu sichern. Der Juso-Chef habe die Systemfrage wieder erweckt, als hätte es das Godesberger Programm der SPD nicht gegeben, das 1969 den Abschied von marxistischer Dogmatik und den Frieden mit der sozialen Marktwirtschaft unter Brandt und Schiller vollzog.

Betriebsräte erklärten wütend, dass die SPD für Arbeiter deutscher Unternehmen nicht mehr wählbar sei, die Partei solle sich dringend überlegen, für wen sie stehen will. Kevin Kühnert laufe realitätsfernen Fantasien nach, anstatt Arbeitsplätze zu sichern und eine nachhaltige Industriepolitik zu fördern. Der Chef des SPD-Wirtschaftsforums forderte gar dessen Parteiausschluss. Die Führungskräfte der Partei und die Mitglieder der Koalition, die sich um gutes Regieren bemühen, haben versucht, die scharfen Thesen ihres jungen Kollegen zu Sozialismus, Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien, Enteignung von Wohnungsbaufirmen zu relativieren. Sie gingen auf vorsichtige Distanz und haben abgewiegelt. Die Radikalität abstrakten Denkens entspreche nicht ansatzweise der Position der SPD. Die Fragen seien richtig gestellt, die Antworten falsch. Enteignungen würden die aktuellen Herausforderungen nicht lösen. Produktionsmittel zu verstaatlichen, sei ein Popanz. Man könne der Vergesellschaftung von Unternehmen nichts abgewinnen, erinnere sich jedoch belustigt an die eigene Juso-Zeit, bevor das glühende Herz noch nicht von kühlem Verstand abgelöst war. Zudem sei die von Kühnert losgetretene Debatte Gift für die Partei mitten im Wahlkampf um das EU-Parlament und die Resonanz in ostdeutschen Ländern.

Im Schuh des anderen

Die schäumende Erregung, die sich an drei Reizworten Kevin Kühnerts ausgetobt hat, hatte sich vom bedenkenswerten Kontext des Interviews leider mehr und mehr abgelöst und verselbständigt. Die kurzatmigen Kommentatoren hätten den Rat des renommierten Jesuitenpaters Oswald von Nell-Breuning, eines Urgesteins der Christlichen Sozialethik beherzigen sollen, der an seinem 100. Geburtstag um ein Vermächtnis an die nachwachsende Generation gebeten wurde und dem Sinn gemäß

so geantwortet hat: „Bei einer kontroverse Diskussion habe ich stets versucht, in der Aussage des Gesprächspartners den Kern des Wahren und Richtigen – bis auf das Tüpfelchen über dem „i“ – zu entdecken, um so einen respektvollen Dialog auf Augenhöhe führen zu können“.

Ein verständnisvolles Hinhören, was der Juso-Chef unter „Sozialismus“ versteht, wie er zwischen Verstaatlichung, Kollektivierung, Vergesellschaftung, zwischen autoritär verordnetem Zustand und demokratischem Prozess unterscheidet, wäre zumindest angemessen gewesen. Mit bestehender Wirtschafts- und teilweise Gesellschaftsordnung nicht einverstanden zu sein, entspricht immerhin der Einsicht, dass nicht alles, was ist, auch bereits als vernünftig beurteilt werden muss. Eine Welt, in der freie Menschen ihren Bedürfnissen nachgehen können und nicht für den Waffenexport arbeiten müssen, ist wohl einer Welt vorzuziehen, in der das Profitstreben im Vordergrund steht, wodurch das Arbeitsvermögen und die natürliche Umwelt verschlissen wird.

Ein zeitgemäßer Sozialismus bedeutet ja nicht, dass marktwirtschaftlicher Wettbewerb ausgeschaltet wird, oder dass kleine und mittlere Familienunternehmen von Monopolen und Kartellen verdrängt werden. Aber dass eine Handvoll privater Internetgiganten eine gigantische Datenmenge einsammelt, ohne Einverständnis der Betroffenen profitabel nutzt und werbewirksam auf deren Verhalten einschließlich elementarer Bedürfnisse einwirken kann, muss eine demokratische Gesellschaft nicht widerstandslos hinnehmen. Alternativlos ist auch nicht die Schieflage gesellschaftlicher Macht, indem eine wirtschaftliche Elite Produktion und Absatz im eigenen Interesse steuert, während eine Mehrheit der Bevölkerung gezwungen ist, sich einem fremden Willen zu unterwerfen. Dass nicht unterschieden wird zwischen dem innovativen Talent eines charismatischen privaten Unternehmers und dessen Nachfolgern, die zusammen mit einer motivierten und wachsenden Belegschaft extrem profitiert haben von der kaiserlichen Flottenpolitik, der staatlichen Rüstungsnachfrage während des Ersten und des Zweiten Weltkriegs, vom expansiven Wiederaufbau in der Nachkriegszeit und dem gegenwärtig beherrschenden Automobilimperium mit dem unschuldigen Namen: „Bayerische Motorenwerke AG“ andererseits, sollte nicht nur dem Juso-Vorsitzenden, sondern auch informierten und aufgeklärten Zeitgenossen seltsam erscheinen.

Die quasi-religiöse Weihe, die jene von Müller-Armack proklamierte „bewusst sozial gesteuerte Marktwirtschaft“ erhalten hatte, ist zu Beginn des Jahrhunderts unter Bundeskanzler Schröder desavouiert worden, indem der Sozialstaat in einen Wettbewerbsstaat umgebaut, die Arbeitsverhältnisse mutwillig entregelt, die solidarischen Sicherungssysteme deformiert und das Verhältnis der Pflichten des Staates und der Rechte Bedürftiger auf ein menschenwürdiges Leben und Wohnen ins Gegenteil verkehrt wurden. Kevin Kühnert erinnert daran, dass Wohnen keine Ware wie viele andere, sondern ein Grundrecht ist, dass Eigentum verpflichtet und Enteignungen im öffentlichen Interesse gegen Entschädigung möglich sind. Im Nachhinein lernen die Kommunen, wie widersinnig der Verkauf von Sozialwohnungen war, um kommunale

Haushalte unter dem blindwütigen Diktat der Schwarzen Null zu konsolidieren, Grund und Boden als Renditeobjekt, und nicht als Gemeingut zu betrachten sowie die räumliche Dimension der Sozialpolitik zu missachten.

Nicht allein

Kevin Kühnert hat einen Nerv getroffen, der konservative Politiker schäumen und deren Halsadern anschwellen ließ. Aber seine Kapitalismuskritik stieß in ein Vakuum, das eine ratlose und risikoscheue Gesellschaft hat entstehen lassen. Folglich trifft er auf eine ansehnliche Resonanz, die ihm mit Verständnis begegnet, auch im Blick auf die erwachte „Macht der Straße“, die Berliner Demos gegen den Mietwucher, den Klimastreik der Schülerinnen, die Bewegung der Gelbwesten in Frankreich. Er steht mit seinen Positionen nicht allein. Denn Teile der Bevölkerung hat ein mehrfaches Unbehagen erfasst, dass Megakonzerne die Regierung lenken und das moderate Auftreten der SPD hat sinkende Umfragewerte auslöst. Etwa die Hälfte der Deutschen ist nach einer aktuellen Umfrage davon überzeugt, dass die soziale Marktwirtschaft nicht richtig sozial sei. Angesichts der liebevollen Schonung der Autoindustrie durch die Regierung, der exklusiven Profite privater Wohnungsbaukonzerne, der jährlichen Dividende der Quant-Erben sehen sie ihr Gerechtigkeitsempfinden verletzt. Kühnert hat offensichtlich den Finger in eine offene Wunde gelegt, die anzeigt, was eine wuchernde Marktlogik in der Gesellschaft anrichtet, und wie ein digitaler und Finanzkapitalismus die Gesellschaft auseinanderreißt.

Jüngere Abgeordnete der SPD sind damit einverstanden, dass der Juso-Chef sich nicht mit dem alltäglichen Leistungskatalog der Koalition begnügt, sondern perspektivische Politikziele der eigenen Partei reklamiert. Die hysterische Reaktion auf den Begriff des demokratischen Sozialismus können sie überhaupt nicht begreifen. Kleinteilige Debatten der SPD über erhöhte Spitzensteuer- und Regelsätze würden die wachsende Ungleichheit der Einkommen und Vermögen ebenso wenig wie das gleitende Aushöhlen der unternehmerischen Mitbestimmung und den weiteren Ausstieg aus der Tarifbindung umkehren. Damit werde die Architektur eines neuen Wirtschaftsmodells eher verhindert, die sensible Lebenswelten ermächtigt, sich dem destruktiven Regime der Kapitalvermehrung zu entziehen. Kreative Genossen entdecken in der aufgemischten Debatte eine intelligente Arbeitsteilung, indem die Regierungsbeteiligung der SPD in so genannten Schlüsselressorts einen begrenzten Spielraum eröffnet, sozialpolitische Korrekturen schrittweise und handwerklich zu bearbeiten, die auch bemerkenswert sind, während dem Juso-Vorsitzenden die Rolle eines visionären Ideenspenders zugestanden bleibt.

Worthülse soziale Marktwirtschaft

Gäbe es eine real existierende soziale Marktwirtschaft, dürfte man sie nicht radikal in Frage stellen. Tatsächlich ist sie eine interessengeleitete Kampfformel, eher eine idealisierte Legende, die seit Jahrzehnten in eine dichte Nebelwand eingehüllt bleibt. In der Phase, als sich in der Nachkriegszeit die gesellschaftlichen und staatlichen

Strukturen festigten, haben Ludwig Erhard und sein Staatssekretär Alfred Müller-Armack unter dem wirtschaftspolitischen Einfluss der USA die christlich-sozialistischen Ambitionen, die in der NRW-CDU verbreitet waren, durch das so genannte ordoliberalen Konzept der Freiburger Schule entsorgt. Das „deutungsoffene Leitbild“ (Starbatty) bzw. der „Stilgedanke“ (Müller-Armack) der sozialen Marktwirtschaft sollte die zwei Säulen des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs und eines garantierten Privateigentums kombinieren mit einem staatlichen Ordnungsrahmen, der jedoch die freie Entwicklung der Marktkräfte nicht behindern dürfe. Während der 1960er Jahre kündigte Müller-Armack dann eine „bewusst sozial gesteuerte Marktwirtschaft“ an. Diese sollte die Tarifautonomie festigen, die Mitbestimmung der Arbeitnehmer über die in der Montanindustrie geltenden Regeln hinaus ausweiten, das neu geschaffene Produktivvermögen breit streuen und den Umweltverbrauch in die unternehmerische Kostenrechnung einbeziehen. Karl Schiller suchte nach dem Ende der Kanzlerschaft Erhards jenen „Freiburger Imperativ“ mit der „Keynesschen Botschaft“ zu vermitteln und nannte dies Kombination eine „aufgeklärte soziale Marktwirtschaft“: Bund, Länder und Gemeinden, Tarifpartner und Notenbank sollten in einer „konzertierten Aktion“ die wirtschaftspolitischen Instrumente so aufeinander abstimmen, dass angemessenes Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht erreicht würden.

Seit Mitte der 1980er Jahre hat sich ein wirtschaftspolitischer Wetterwechsel verbreitet, der von den USA ausging, zuerst Großbritannien und dann den europäischen Kontinent erreicht hat. Der wirtschaftsliberale Friedrich August von Hayek und der Monetarist Milton Friedman haben drei marktradikale Grundsätze formuliert, dass der evolutionär sich entwickelnde Markt die Grundform menschlicher Beziehungen sei; dass die Geldpolitik strikt stabilitätsorientiert sein müsse, um eine Funktionsstörung der Realwirtschaft zu verhindern, wenngleich eine motorische Dynamik der Finanzsphäre erwartet wurde, deren Sog die Realwirtschaft ausgesetzt war; und dass privatwirtschaftliche Unternehmen die nachgefragten Güter jeweils kundennäher, kostengünstiger und rentabler anbieten könnten, als der Staat dazu in der Lage ist. Solche Vorstellungen sind bei der Konstruktion des europäischen Binnenmarktes und dessen vier Freiheiten der Waren und Dienstleistungen, der Arbeit und des Kapitals politisch wirksam geworden, so dass die Wettbewerbsregeln des Binnenmarkts die Geltung nationaler Sozialstandards und sozialpartnerschaftlicher Tarifverträge und solidarischer Sicherungseinrichtungen mehr und mehr verdrängen.

Um die Jahrhundertwende wurde eine von den Unternehmerverbänden der Metall- und Elektroindustrie finanzierte Initiative: „Chancen für alle – Neue Soziale Marktwirtschaft“ ins Leben gerufen, um die bisherige soziale Marktwirtschaft an die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts (Globalisierung, alternde Bevölkerung, technische Revolution, Wandel der Lebensentwürfe) anzupassen. Eine „neue“ Finanzpolitik sollte die Aufgaben und Lasten von Bund, Ländern und Gemeinden trennscharf abgrenzen, die globalen Güter- und Finanzmärkte liberalisieren und rechtlich einbinden, den Staat auf seine Kernkompetenzen beschränken sowie das System der Steuern und Abgaben transparent machen. Eine „neue“ Bildungspolitik sollte in Schulen, Hoch-

schulen, Wissenschaft und Forschung mehr Wettbewerb, Effizienz und Tempo erzeugen, Hochbegabte entschieden fördern und die Leistungen in den MINT-Fächern verbessern. Eine „neue“ Arbeitspolitik sollte das Arbeitsrecht überprüfen, den Kündigungsschutz lockern, befristete Arbeitsverhältnisse und flexible Arbeitszeiten ausweiten, Tarifverträge zugunsten betrieblicher Regelungen öffnen und die Betriebsverfassung modernisieren. Eine „neue“ Sozialpolitik sollte die Entartung des Sozialstaats zur Rundum-Absicherung stoppen, verstärkt eine kapitalgedeckte private Vorsorge anregen und die Solidarität auf die wirklich Bedürftigen konzentrieren. Als „Botschafter“ getarnte Lobbyisten dieser Initiative versuchten nach dem Wirbel, den Kevin Kühnerts Sozialismus-Thesen ausgelöst hatten, den alten oder neuen Begriff „soziale Marktwirtschaft“ im Grundgesetz zu verankern, den Enteignungs-Art. 15 GG dagegen zu löschen. Renommierete Verfassungsjuristen haben jedoch von einem solchen Vorstoß abgeraten, zumal der weithin zur Leerformel entartete Begriff der sozialen Marktwirtschaft bereits eine gewisse rechtliche Rangstufe gewonnen habe, nämlich durch das EU-Vertragswerk als auch durch jenen Einheitsvertrag, der 1990 zwischen der Bundesrepublik und der damaligen DDR 1990 geschlossen wurde.

Den Kapitalismus brechen

„Sozial temperierten Kapitalismus“ hat der Jesuitenpater Oswald von Nell-Breuning jene von Alfred Müller Armack in den 1960er Jahren „bewusst sozial gesteuerte Marktwirtschaft“ genannt. Mit dieser Bezeichnung suchte er wohl eine real existierende Vorstufe des von Kevin Kühnert bezeichneten „demokratischen Sozialismus“ zu etikettieren. Und er hat direkt erlebt und bereits geahnt, mit welcher Leerformel fortdauernd um die wirtschaftspolitische Deutungshoheit in Deutschland gestritten werden wird.

Welche strukturelle Leerstelle blenden die Verfechter der wie auch immer begriffenen sozialen Marktwirtschaft aus? Nicht die zentrale Rolle des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs, den es gegen beherrschende Marktmacht der Konzerne oder Kartelle zu verteidigen gilt. Auch nicht die Geldschöpfungsmacht einer Notenbank, die eine elastische Geldversorgung der Wirtschaft gewährleistet. Weder die Funktion einer hochgradigen Technik, deren Einsatz die Produktivität steigert, noch die Existenz überwiegend privatautonom organisierter Unternehmen, noch die ungleiche Verteilung der Kaufkraft in privaten Haushalten, die vor allem daran geknüpft ist, ob und wie die Haushaltsmitglieder an der gesellschaftlich organisierten Erwerbsarbeit beteiligt sind. Die soziale Marktwirtschaft als Funktionsgerüst wird korrekt beschrieben und fair beurteilt. Dagegen hinterlassen die Ordoliberalen und deren Nachahmer in der Produktionssphäre eine unbegreifliche Leerstelle, nämlich die Dimension asymmetrischer Machtverhältnisse. Damit verweisen sie eine überzeugende und kritische Reflexion über die real existierende kapitalistische Marktwirtschaft, die Kevin Kühnert angestoßen hat, ins gesellschaftliche Abseits.

Das asymmetrische Machtverhältnis in einer kapitalistischen Wirtschaft besteht darin, dass eine Minderheit der Bevölkerung über die Produktionsmittel verfügt oder deren

Eigentümer ist, während die Bevölkerungsmehrheit lediglich über ihr Arbeitsvermögen verfügt. Da die Eigentümer der Produktionsmittel diese nicht ohne fremde Arbeit rentabel verwerten können, während die abhängig Beschäftigten ihr Arbeitsvermögen nur in der Kombination mit den Produktionsmitteln, und indem sie dieses einem fremden Willen unterwerfen, einsetzen können, um ihr Überleben sichern, sind beide Gruppen aufeinander angewiesen. Das Medium der Kooperation ist der „freie“ Arbeitsvertrag, dem zwar beide Seiten zustimmen, der aber unter ungleichen Start- und Verhandlungsbedingungen zustande kommt. Die Asymmetrie des Arbeitsvertrags spiegelt das betriebliche Weisungsrecht sowie die unternehmerische Leitungs- und Entscheidungskompetenz, die vorrangig gegenüber den Kapitaleignern verantwortlich ist. Auf den Gütermärkten gibt es in der Regel eine ähnliche Schieflage der Organisationsmacht zwischen den Produzenten und Konsumenten.

Um diese Schieflage abzumildern, sind – über die Betriebsverfassung – inzwischen drei Formen der Mitbestimmung abhängig Beschäftigter im Unternehmen gesetzlich verankert worden: die paritätische Montan-Mitbestimmung, die verwässerte, nicht paritätische Mitbestimmung im Unternehmen mit mehr als 2000 Beschäftigten und die Mitbestimmung nach dem Betriebsverfassungsgesetz, die ein Etikettenschwindel ist, weil die Arbeitnehmer im Aufsichtsrat nur über eine Drittelparität verfügen. Aber die Schieflage der kapitalistischen Entscheidungsmacht darüber, was, wie, in welchem Ausmaß und für wen produziert wird, sowie über die Verteilung der unternehmerischen Wertschöpfung gelingt nicht dadurch, dass der Kapitalismus gezähmt, gebändigt, umgebogen oder verändert wird. Er muss gebrochen und „demokratisiert“ werden. Allerdings nicht allein dadurch, dass die Entscheidungsmacht allein den Gruppen der Kapitaleigner und Arbeitnehmer übertragen wird.

Um die kapitalistischen Machtverhältnisse zu brechen und aus der Engführung des Konflikts von Arbeit und Kapital zu lösen, haben die Träger des Arbeits-, Geld-, Natur- und Gesellschaftsvermögens, also der Ressourcen, die kollektiv die Wertschöpfung eines Unternehmens erwirtschaften, zu Beginn des Produktionsprozesses gemeinsam zu entscheiden, was, wie, in welchem Ausmaß und für wen hergestellt wird. Und da sie gemeinsam die Wertschöpfung des Unternehmens erarbeitet haben, sind sie auch berechtigt, gemeinsam zu entscheiden, wie diese Wertschöpfung fair auf die einzelnen Gruppen, auf Arbeitskräfte, Kapitaleigner, Repräsentanten des Naturvermögens sowie des Gesellschaftsvermögens verteilt wird. So würde die kapitalistische Verteilungsregel gebrochen, gemäß der die Eigentümer des Geldvermögens einen übermäßigen Anteil der Wertschöpfung für sich beanspruchen und die anderen mit dem Rest der Wertschöpfung abfinden. An deren Stelle tritt eine demokratische Unternehmensverfassung. Eine demokratische Wirtschaft wird Bestandteil einer demokratischen Gesellschaft. Oswald von Nell-Breuning und Kevin Kühnert sind gar nicht weit voneinander entfernt.